



Petition 181936

Bürgerliches Recht - Anpassung gesetzlicher Fristen an die veränderten Zustellzeiten der deutschen Post

Text der Petition	Mit der Petition wird gefordert, die gesetzlichen Fristen für rechtlich relevante Schreiben (Mahnungen, Widersprüche, Zahlungsziele und sonstige fristgebundene Rechtsgeschäfte) an die aktuell verlängerten Brieflaufzeiten der deutschen Postdienstleister anzupassen.
Begründung	<p>Ausgangslage Die Deutsche Post AG hat ihre Zustellstandards in den vergangenen Jahren erheblich verändert. Während Briefe früher innerhalb von 1-2 Werktagen zugestellt wurden, beträgt die Regelzustellzeit heute bis zu 4 Werktagen. In der Praxis kommt es häufig zu noch längeren Laufzeiten von einer Woche oder mehr.</p> <p>Rechtliche Problematik Viele gesetzliche und vertragliche Fristen basieren noch auf den früheren, kürzeren Postlaufzeiten:</p> <p>Mahnverfahren: Die Frist zur Reaktion auf Mahnbescheide Widerspruchsfristen: Insbesondere bei behördlichen Bescheiden Zahlungsfristen: Bei Rechnungen und Forderungen Kündigungsfristen: Bei Verträgen mit Briefzustellung Rechtsmittelfristen: Bei gerichtlichen Entscheidungen</p> <p>Folgen für Bürgerinnen und Bürger Die Diskrepanz zwischen gesetzlichen Fristen und tatsächlichen Zustellzeiten führt zu:</p> <p>Rechtsnachteilen: Bürger können unverschuldet Fristen verpassen Erhöhtem Kostendruck: Notwendigkeit teurer Einschreiben oder Expresszustellung Rechtsunsicherheit: Unklare Fristberechnung bei verspäteter Zustellung Benachteiligung strukturschwacher Regionen: Längere Laufzeiten in ländlichen Gebieten</p> <p>Geforderte Maßnahmen</p> <p>Gesetzliche Mindestfristen für fristgebundene Rechtsgeschäfte um mindestens 6-8 Werktagen verlängern Zustellfiktion erst nach realistischen Laufzeiten (7 Werktagen statt bisher 3) Schutzbestimmungen für Verbraucher bei nachweislich verspäteter Zustellung Übergangsregelungen für laufende Verfahren</p>